

Ulrich Herbert

"Nur ein Provisorium". Zur Geschichte der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik.

Vortrag Koblenz, Türkische Gemeinde, 28. September 2021

Ali Başar, geboren 1942, Ankunft in Deutschland 1961:

An die Atmosphäre bei der medizinischen Untersuchung kann ich mich noch sehr gut erinnern. Alle waren aufgeregt, voller Hoffnungen. Wir haben viel gelacht. Wer allerdings mit einem schlechten Ergebnis aus den Untersuchungen kam, hat oft auch geweint. Die jungen Menschen, die sich für Deutschland beworben hatten, waren in der Türkei ja alle arbeitslos. Mit der Ablehnung verloren sie jede Hoffnung. Es ging bei vielen von uns ums Überleben.

Ich wurde von Kopf bis Fuß untersucht: abgeklopft, abgetastet, geröntgt. Das hatte schon alles seine Ordnung so. Am Ende habe ich aber bestanden. Was für eine Freude das war! Nun würde ich meiner Mutter und meinen Geschwister etwas zu essen geben können. Ich bin der Älteste von uns. Sechs Geschwister! Wir besitzen kein Land, meine Geschwister hatten keine Arbeit. Wir haben in großer Armut gelebt.

(Beim Abschied am Bahnhof) „Güle Güle, Ali! Riefen sie mir zu. „Schick uns ein Farbfoto aus Deutschland! wurde gelacht, geweint, gesungen. Bis Edirne an der bulgarischen Grenze ist eine Gruppe Journalisten mit uns gefahren. Wir waren ja der zweite Zug, das hat ganz schön für Aufsehen gesorgt.

(Im Bahnhof in München) haben sie uns versammelt. Sie gaben uns Obst, frisches Brot, Käse, Dann wurden wir eilig in Gruppen aufgeteilt - je nach Ort und Arbeitgeber. Es breitete sich Panik aus, dass wir getrennt werden sollten und alleine weiterreisen würden. Alle riefen durcheinander. „Hasan, wo gehst du hin? Mehmet, in welche Stadt gehst du?“ Ich wurde mit zwei anderen Männern nach Dortmund geschickt. Auf einmal waren wir also nur noch zu dritt. Ahmet, Sükrü und ich. Wir hatten Fahrscheine, sprachen aber überhaupt kein Deutsch und waren natürlich ängstlich, als wir uns auf den Weg machten. So stiegen wir in den Zug – und staunten. Um uns herum waren überall so gut gekleidete Frauen und Männer – in Nylonhemden. Das sind bestimmt Politiker, Abgeordnete, Minister, waren wir überzeugt. Alle waren so schick! Wir haben es nicht gewagt, uns in eines der Abteile zu setzen. Also haben wir die gesamte Fahrt von München nach Dortmund im Stehen verbracht.

(Ali kam nach Dortmund, arbeitete auf einer Zeche, er kommt ganz gut klar, wohnt im Wohnheim, nach vier Jahren in einer eigenen Wohnung in Duisburg Marxloh. Er bekommt eine Stelle als Vorarbeiter, wird später Betriebsrat.)

„Mit 29 habe ich mir meinen ersten Anzug gekauft, ein Hemd, Schuhe und Krawatte. Zu Hause habe ich die Sachen angezogen – und mich eine halbe Stunde lang im Spiegel betrachtet. Wie schön das aussieht!“

Natürlich habe ich oft darüber nachgedacht, in die Türkei zurückzukehren, oder ich habe es mir gewünscht. (Aber es hat dann doch nie gereicht, mal war dies, mal war das.) Natürlich sind auch Dinge passiert, die nicht in Ordnung waren.

Einige Kollegen waren nicht sehr nett zu mir. Ich musste manchmal mehr arbeiten als die anderen. Aber das ist alles nicht so wichtig, Meine Arbeitgeber haben mich immer sehr gut behandelt.

Er heiratet, seine drei Kinder werden in Deutschland geboren. „Ich lebe nun seit 50 Jahren in diesem Land, viel länger als ich in der Türkei gelebt habe. Als ich den deutschen Pass erhielt, erst seit Anfang der 90er Jahre, war ich froh und traurig zugleich. Traurig, weil wir in alle den Jahren nicht die Möglichkeit hatten, in die Türkei zurückzugehen. Und froh, dass ich am Türkischen Konsulat nicht mehr Schlange stehen musste.

Manchmal sage ich auch: Das Leben hat mir meine Bildung verpasst. In der Türkei habe ich die Schule des Lebens in Armut absolviert. Mein Arbeitsleben in Deutschland glich einem Studium. Ich habe gelernt, dass man anderen Menschen mit Respekt begegnet und dass man sich für seine Rechte einsetzen kann.

Ausländer gibt es in Deutschland erst, seit es Inländer gibt, seit also der deutsche Nationalstaat 1871 gegründet und ein Staatsangehörigkeitsrecht (schrittweise bis 1913) etabliert worden war. Durch die Definition des Fremden definierte sich das unsichere Eigene, und als seit 1890 in großem Stil polnische Saisonarbeiter in die ostelbische Landwirtschaft geholt wurden, gehörte die schon damals so genannte „Ausländerfrage“ zu den am meisten diskutierten Themen der Zeit. Hier entstand auch die Parole „Deutschland den Deutschen!“, mit der Forderung, den Vorrang der Einheimischen vor den Fremden rechtlich festzuschreiben. Der „Ausländer“ ist die Kernfigur des deutschen Nationalismus.



Polnische Landarbeiter/innen, vermutlich Breslau

Ausländische Arbeiter
im Deutschen Reich, 1907

Industrie	Landwirtschaft	
474.653	258.354	733.007

Dieser Befund ist aber nicht spezifisch deutsch und angesichts der Entwicklung in anderen Ländern nicht ganz überraschend. In den USA, dem anderen großen Aufsteiger der Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, war die Frage, welche ethnischen Gruppen einwandern durften und welche nicht, von scharfen Kontroversen über die Identität der USA gekennzeichnet, und die gewalttätigen Konflikte zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Einwanderergruppen in den großen Städten gehören zum Kennzeichen des 18. und des 19. Jahrhunderts in diesem Land.

Drei Punkte können wir hier vorab festhalten: Massenhafte Einwanderung führt zu massenhaften Konflikten. Das ist die Regel, nicht die Ausnahme. Zweitens: Erst durch die Anwesenheit der Fremden wird das Eigene bewusst, in Wirklichkeit aber: konstituiert. Und drittens: Die Anwartschaft der Fremden auf Teilhabe trifft hier auf die Ablehnung derer, die schon vorher da waren, bereits Privilegien besitzen und diese verteidigen. Dabei dominiert die nationale oder ethnische Hierarchie in der Regel die soziale.

Diese Strukturen finden sich in extremer Weise bei der Entwicklung des Zwangsarbeitereinsatzes in Deutschland während des Zweiten Weltkriegs wieder, den ich hier nicht näher behandle. Immerhin sei hier bemerkt, dass das Ausmaß der zwangsweisen Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland während des Zweiten Weltkriegs mit insgesamt etwa 11 Millionen ziemlich genau demjenigen des gesamten atlantischen Sklavenhandels vom 16. bis zum 19. Jahrhunderts entsprach, bei dem zwischen 10 und 12 Millionen Afrikaner in die Neue Welt verschleppt wurden. Solche Größenordnungen hinterlassen ihre Spuren im kollektiven Gedächtnis und im politischen Empfinden.

Die massenhafte Immigration nach Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg begann mit den Millionen von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen, die seit dem Herbst 1944 aus den Ostgebieten nach Deutschland strömten. Hinzu kamen dann nach dem Krieg noch etwa drei Millionen Flüchtlinge aus der DDR, die in Westdeutschland Aufnahme fanden. Wenn man bedenkt, dass auf diese Weise bis 1960 13,2 Millionen Flüchtlinge in die Bundesrepublik strömten, die also beinahe ein Viertel der westdeutschen Gesamtbevölkerung stellten, so wird die Größenordnung dieser Wanderungsbewegung deutlich.

Ostflüchtlinge/ Vertriebene und DDR-Flüchtlinge in der Bundesrepublik, 1950 bis 1960, in 1000

Jahr	Flüchtlinge und Vertriebene und DDR-Flüchtlinge	In % der Gesamtbevölkerung
1950	8.361,3	16,7
1955	10.883,5	20,7
1960	13.237,0	23,9



Dennoch herrschte bereits Mitte der 50er Jahre insbesondere in der westdeutschen Landwirtschaft Arbeitskräftemangel, was nicht zuletzt auch auf die schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen zurückzuführen war. Angesichts dieser Situation forderten südwestdeutsche Landwirte schon seit 1953 die Herinnahme ausländischer Arbeiter.

Das traf sich mit den Interessen der italienischen Regierung, die italienische Arbeiter gern nach Deutschland entsenden wollte, um auf diese Weise die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande zu vermindern und durch die Lohnrückflüsse die eigene Handels- und Zahlungsbilanz zu verbessern. Angesichts der noch unter den Kriegseinwirkungen leidenden westdeutschen Wirtschaft war die Bundesregierung hier zunächst verhalten, kam den Italienern jedoch auch aus außen- und europapolitischen Motiven entgegen.

Außerdem mussten die deutschen Arbeitnehmer angesichts der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung verstärkt zu dringend benötigten Facharbeitern ausgebildet und umgeschult werden: *„Um das aber besorgen zu können, müssen wir natürlich dann die relativ primitiveren Arbeiten in Deutschland bei Anhalten dieser Konjunktur schließlich doch mal von ausländischen Arbeitskräften besorgen lassen“*, hieß es dazu im Bundeswirtschaftsministerium. Zudem wollte man vermeiden, dass in den unteren Lohngruppen ein Arbeitermangel entstand, der zu steigenden Löhnen führen würde.

Den wirtschaftlichen Nutzen der Ausländerbeschäftigung sah man vor allem in der hohen Mobilität und Flexibilität ausländischer Arbeiter – und in der sowohl

auf italienischer wie auf deutscher Seite als vorübergehend gedachten Beschäftigung gesehen. „Gastarbeiter“ sollten bedarfsorientiert eingesetzt werden – als „industrielle Reservearmee“ und als „Konjunkturpuffer“.

Schon im Herbst 1955 sank die Arbeitslosigkeit bei Männern im Bundesdurchschnitt auf 1,8%, und die Zahl der offenen Stellen stieg auf 220.000 an. So war es folgerichtig, dass bereits am 20. Dezember 1955 in Rom das deutsch-italienische Anwerbeabkommen unterzeichnet wurde – ohne dass der Bundestag oder die Öffentlichkeit über diesen Vertrag im Einzelnen auch nur unterrichtet worden wären.



Abkommen über die Vermittlung italienischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik, 20. Dezember 1955

Das Abkommen besaß Vorbildcharakter für die meisten in der Folge abgeschlossenen Anwerbeverträge. Darin war ein im Einzelnen genau festgelegtes, ziemlich bürokratisches Verfahren der Anwerbung – von der Arbeiterauswahl bis zur Gesundheitsüberprüfung – vereinbart. Die Heranziehung von italienischen Arbeitern sollte sich allerdings auf bestimmte Bereiche beschränken, auf die Landwirtschaft, die Bauindustrie und den Bergbau – also Branchen mit besonders schweren Arbeitsbedingungen. Dabei handelte es sich vor allem in den ersten Jahren überwiegend um Saisonarbeitskräfte, die regelmäßig nach Italien zurückkehrten.



Italienische Gastarbeiter bei der Ankunft in Deutschland, vermutlich 1962

So war die Zahl der in Deutschland beschäftigten Italiener In den ersten Jahren begrenzt, 1859 wurden 48.000 italienische Beschäftigte gemeldet. Es gab auch keinen Grund, diese Zahlen zu erhöhen, solange es durch die stetige Zuwanderung von Flüchtlingen aus der DDR Reserven auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt gab.

Das aber änderte sich nun. Durch den Bau der Berliner Mauer im August 1961 wurde der Zufluss von Arbeitskräften aus der DDR in die Bundesrepublik jäh gestoppt. Angesichts des anhaltenden Wirtschaftswachstums entstand nun ein sich rasch verschärfender Arbeitskräftemangel und führte unter den deutschen Unternehmen zu einer bemerkenswerten Konkurrenz um Arbeitnehmer. So wurde der Ruf nach ausländischen Arbeitskräften lauter, und die Bundesregierung begann erste Gespräche mit den Regierungen in Griechenland und Spanien ein, um auch mit diesen Ländern entsprechende Vereinbarungen zu schließen. Diese Länder waren bereits seit längerem auf die Deutschen zugezogen und hatten ihr Interesse am Export von Arbeitskräften bekundet, versprachen sie sich von der geregelten Arbeitsmigration doch eine Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes, eine Verbesserung ihrer Zahlungsbilanzen und zudem einen Know-How-Transfer durch die in Deutschland qualifizierten und dann in die Heimat zurückkehrenden Arbeitskräfte.

So wurden im März 1960 mit Spanien und Griechenland Anwerbeverträge nach dem Vorbild der deutsch-italienischen Vereinbarung abgeschlossen. .

Die Anwerbevereinbarung mit der Türkei im Herbst 1961 stellte aber insofern einen Sonderfall dar, als hier erstmals ein größtenteils außerhalb Europas liegender Staat zum Vertragspartner gemacht wurde. Zunächst aber war die konservative türkische Regierung hier sehr zurückhaltend. Anders als Italien, Griechenland oder Polen hatte die Türkei keine Tradition als Auswanderungsland, und es gab nationalpolitische Vorbehalte gegen die Abwanderung einheimischer Arbeiter ins Ausland. Das änderte sich, als im Frühjahr 1960 ein kemalistischer Militärputsch eine westlich orientierte Regierung die Macht brachte hatte, die großes Interesse zeigte, türkische Arbeitnehmer für eine begrenzte Zeit nach Deutschland zu schicken, damit sie dort etwa als Praktikanten Erfahrungen sammeln konnten. Erste Erfahrungen mit türkischen Arbeitern in der westdeutschen Landwirtschaft und im Bergbau waren von Arbeitgebern und Behörden sehr positiv beurteilt worden mit dem Hinweis, *„dass sich die Türken sehr gut fügten, sehr ordentlich und fleißig sind und dass sich bisher keinerlei Schwierigkeiten gezeigt haben. Der Türke scheint sich, wenn er richtig angefaßt wird, durchaus einzufügen und brauchbar zu sein.“*

So stieß das Interesse der türkischen Regierung auf deutscher Seite durchaus auf Zustimmung, zumal die Türkei als NATO-Partner in diesen Jahren des Kalten Kriegs eine große strategische und politische Bedeutung besaß und im Westen entsprechend auf wohlwollendes Entgegenkommen stieß. Allerdings wollte die Bundesregierung es vermeiden, durch einen offiziellen Vertrag weitere außereuropäische Länder an derartigen Vereinbarungen zu interessieren

Regelung der Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland

Deutsch-türkische Vereinbarung vom 30. Oktober 1961

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei ist durch Notenwechsel vom 30. Oktober 1961 eine Vereinbarung zur Regelung der Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland getroffen worden, die rückwirkend am 1. September 1961 in Kraft getreten ist und wie folgt lautet.

Verbalnote

Note der Türk. Botsch. vom 30. Oktober 1961

Die Türkische Botschaft beehrt sich, den Empfang der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 30. Oktober 1961 — 305 — 83 SZV/3 — 9242 — zu bestätigen, mit der die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen hat, die Vermittlung von arbeitssuchenden türkischen Staatsangehörigen in eine Beschäftigung bei Arbeitgebern in der Bundesrepublik Deutschland durch eine Vereinbarung zu regeln, die folgenden Wortlaut haben soll:

1.

Im Interesse einer geregelten Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland werden auf deutscher Seite die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (im folgenden Bundesanstalt genannt) und auf türkischer Seite die Türkische Anstalt für Arbeits- und Arbeitsvermittlung (im folgenden Türkische Anstalt genannt) zusammenarbeiten und für die praktische Durchführung der Vermittlung ihre regionalen Dienststellen einsetzen. Sie werden sich bemühen, den Ablauf des Vermittlungsverfahrens im Rahmen dieser Vereinbarung zu verbessern und zu vereinfachen.

2.

Die Bundesanstalt errichtet zur Erleichterung der Zusammenarbeit eine Verbindungsstelle in der Republik Türkei, deren Sitz, Tätigkeit und Anwesenheitsdauer sie mit der Türkischen Anstalt vereinbart. Die zuständigen türkischen Behörden unterstützen die Verbindungsstelle bei der Durchführung ihrer Aufgaben in geeigneter Weise.

Die Kosten der Tätigkeit der Verbindungsstelle übernimmt die Bundesanstalt. Der Verbindungsstelle werden von der Türkischen Anstalt die erforderlichen, mit den üblichen Büromöbeln eingerichteten und sich für eine ärztliche Untersuchung der Bewerber eignenden Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt.

und entschied sich stattdessen für die schlichtere Form eines Notenwechsels, durch den Abkommen am 30. Oktober 1961 getroffen wurde.

Anders als bei den Anwerbevereinbarungen mit Italien oder Spanien war die Anwesenheit der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik auf zwei Jahre begrenzt, zudem war es den Türken nicht erlaubt, die Familie nachzuholen. Hier waren sich türkische und deutsche Stellen einig: Es sollte sich nur um kürzere, vorübergehende Beschäftigungen handeln. Aber bereits zwei Jahre später wurde dieser Vorbehalt auf Wunsch der deutschen Arbeitgeber fallengelassen, die ihre gerade eingearbeiteten Beschäftigten nicht verlieren und durch erneut anzulernende neue Arbeiter austauschen wollten. Auch das Verbot des Familiennachzugs fiel nun weg, und die Türken wurden sozialrechtlich den griechischen und spanischen Arbeitnehmern gleichgestellt.

Die Zahl der türkischen Arbeitnehmer stieg aber zunächst nur sehr langsam. 1962 wurden in der Bundesrepublik 711.000 ausländische Arbeitnehmer gezählt, darunter 276.000 Italiener, knapp 100.000 Spanier und 80.000 Griechen, aber nur 18.000 Türken, nicht einmal drei Prozent.

1966 wurden 1,3 Millionen „Gastarbeiter“ gezählt, 160.000 von ihnen kamen aus der Türkei, 12 Prozent.

Ausländische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik in 1000, 1955-1967

Jahr	Ausländer	Griechen	Italiener	Jugoslawen	Spanier	Türken
1955	79,6	0,6	7,5	2,1	0,5	
1956	98,8	1,0	18,6	2,3	0,7	
1957	108,2	1,8	19,1	2,8	1,0	
1958	127,1	2,8	25,6	4,8	1,5	
1959	166,8	4,1	48,8	7,3	2,2	
1960	329,4	20,8	144,2	8,8	16,5	2,5
1961	548,9	52,3	224,6		61,8	
1962	711,5	80,7	276,8	23,6	94,0	18,6
1963	828,7	116,9	287,0	44,4	119,6	33,0
1964	985,6	154,8	296,1	53,1	151,1	85,2
1965	1216,8	187,2	372,3	64,1	182,8	132,8
1966	1313,5	194,6	391,3	96,7	178,2	161,0
1967	991,3	140,3	266,8	95,7	118,0	131,3

Allen Beteiligten in der Bundesrepublik wie in der Türkei gemeinsam war die feste Überzeugung, dass es sich dabei um ein zeitlich begrenztes Phänomen handelte, um eine Übergangserscheinung. Durch das neue Ausländergesetz von 1965 wurde dieses Konzept des vorübergehenden Aufenthalts sogar zur Rechtsvorschrift für die ausländischen Arbeiter – außer für die Italiener, die als EG-Bürger Sonderrechte genossen. Alle anderen erhielten zunächst nur für ein Jahr das Aufenthaltsrecht, waren aber während dieser Zeit an den Arbeitgeber in Deutschland gebunden. Eine Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis über dieses eine Jahr hinaus stand im Ermessen der bundesdeutschen Behörden, eine ständige Niederlassung in der Bundesrepublik aber wurde von den Gerichten als Verstoß gegen diese Bestimmung bewertet.

Nun war die zeitliche Perspektive auch der türkischen Arbeiter zunächst in aller Regel von dem Wunsch einer baldigen Rückkehr in die Heimat geprägt. Diese Orientierung auf eine bessere Zukunft im Heimatland war zu Beginn auch meist der Auslöser für die Arbeitsaufnahme im Ausland gewesen. Die jungen Arbeiter waren bereit, für einen vermutlich überschaubaren Zeitraum zahlreiche Entbehrungen im persönlichen Leben hinzunehmen und durch möglichst viele Überstunden, Schicht- bzw. Akkordarbeit den Lohn zu verbessern, um das Ziel einer erfolgreichen Rückkehr schnellstmöglich zu erreichen.

Allerdings wurden die großen Hoffnungen, mit denen sie sich auf die Reise gemacht hatten, häufig enttäuscht. Die Metapher vom „Deutschlandfieber“ zum Beispiel, das sich in der Türkei verbreitete, weist darauf hin, dass die Entscheidung zur Migration auch von überhöhten Erwartungen beeinflusst wurde, die einfach zu bestechend waren, um sich davon nicht beeindruckt zu lassen.



Jubel bei der Abreise nach Dortmund, 1965

Das entspricht im Übrigen der Entwicklung in fast allen Situationen der Massenmigration. Auch die deutschen Amerikauswanderer des 19. Jahrhunderts waren von den wunderbaren Meldungen über eine goldene Zukunft berauscht in die Neue Welt gezogen, landeten aber zu fast 90 Prozent nicht auf einer eigenen Farm im Mittleren Westen, sondern in den Slums und Fabriken der Großstädte im Osten.

Die Vorstellung eines nur vorübergehenden Aufenthalts in Deutschland bedeutete aber auch, dass für die „Gastarbeiter“ aus der Türkei die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Heimat der Vergleichsmaßstab blieben, mit dem sie ihr Leben in Deutschland maßen. Ihr Plan war es, in möglichst kurzer Zeit so viel Geld zu verdienen, dass sie erhebliche Teile des Lohnes nach Hause schicken oder sparen konnten, um nach einigen Jahren in ihre Heimat zurückzukehren und dort auf verbesserter wirtschaftlicher Grundlage Arbeit anzunehmen oder sich gar selbständig zu machen. Das hatte Auswirkungen auf ihr Verhalten in Deutschland: Sie akzeptierten eher als Deutsche sowohl schmutzige als auch besonders schwere Arbeit, machten mehr Überstunden, verzichteten auf einen ihrem Lohn entsprechenden Lebensstandard und Konsum und wohnten möglichst billig. Ihre Beziehung zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik war ganz auf kurze Fristen eingestellt.

Auch für die türkischen Behörden bildete das Konzept der nur vorübergehenden Beschäftigung türkischer Arbeiter in Deutschland die Grundlage ihrer Befürwortung der Arbeitsemigration. Lohntransfer und Senkung der Arbeitslosen-zahl in der Türkei waren die Hauptargumente sowie die Hoffnung, dass die zurückkehrenden Gastarbeiter mit ihren Erfahrungen und ihren erworbenen Qualifikationen die Modernisierung der türkischen Wirtschaft entscheidend befördern würden.

Für die deutschen Behörden und Unternehmen stand vor allem die Mobilität der Gastarbeiter, ihre Funktion als mobile Reservearmee im Vordergrund. Durch Einsatz von Gastarbeitern je nach Bedarf glaubte man, die Auswirkungen von Konjunkturschwankungen auf den Arbeitsmarkt kompensieren zu können. Ganz offen hatte die Frankfurter Allgemeine schon 1959 geschrieben, dass *„bei eventueller Arbeitslosigkeit in Deutschland die ausländischen Arbeiter wieder zurückgeschickt werden können“*.

Das schien sich durch die kurze wirtschaftliche Rezession von 1966/67 auf geradezu dramatische Weise zu bestätigen. Denn von den 1,3 Millionen auslän-

dischen Arbeitnehmern, die Mitte 1966 in der Bundesrepublik beschäftigt waren, kehrten bis Herbst 1967 rund eine halbe Million in ihre Heimatländer zurück.

Auswirkungen der Rezession 1966/67

Jahr	Ausländer	Griechen	Italiener	Jugoslawen	Spanier	Türken
1966	1313,5	194,6	391,3	96,7	178,2	161,0
1967	991,3	140,3	266,8	95,7	118,0	131,3

Die Bundesanstalt für Arbeit konstatierte zufrieden die „Anpassung der Ausländerbeschäftigung an die veränderte Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung“. Die Gastarbeiter schienen sich als konjunkturelle Manövriermasse bewährt zu haben, die bei Krisen zurück in die Heimat gingen und bei guter Konjunktur wieder in großem Stile angeworben werden konnten.

Allerdings stieß dies bei vielen Wirtschaftswissenschaftlern auf erhebliche Bedenken. Denn durch die Anwerbung überwiegend ungelernter Arbeitskräfte würden zwar Lohnsteigerungen vermindert, aber vor allem solche Betriebe mit niedriger Produktivität, die dringend rationalisierungsbedürftig waren, gewissermaßen künstlich erhalten. Zudem, so betonten die Wirtschaftswissenschaftler, beruhten die günstigen Berechnungen vom wirtschaftlichen Nutzen der Gastarbeiterbeschäftigung darauf, dass die Ausländer nur vorübergehend in Deutschland blieben und keine öffentlichen Investitionen in größerem Maße für sie notwendig würden. Sollten die Gastarbeiter aber für längere Zeit im Land bleiben, würden sowohl betriebliche wie staatliche Investitionen in großem Umfang nötig – für Wohnungen, Kindergärten, Schulen. Der betriebs- und volkswirtschaftliche Nutzen der Ausländerbeschäftigung werde dann dramatisch sinken.

Solche Einwände wies die Bundesregierung jedoch mit dem Hinweis auf den starken Rückgang der Zahl der Gastarbeiter infolge der Rezession zurück. Und die „Zeit“ rechnete vor: „Ein Gastarbeiter dürfte das Sozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland um etwa zwanzigtausend Mark jährlich vermehren. Der ihm ausgezahlte Lohn liegt wohl durchschnittlich in der Größenordnung von 10000 Mark, während aus seinem Arbeitsprodukt ein Betrag von 10000 Mark

in Gestalt von Steuern, Sozialbeiträgen und Bruttogewinn des Arbeitgebers anfällt... Die Vermehrung der Zahl der Gastarbeiter zunächst von einer Million auf 1,5 oder auch 2 Millionen würde nicht zuviel sein.“

Damit war die Perspektive für die nächsten Jahre gewiesen - die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte stieg von 1968 bis 1973, als sie ihren Höhepunkt erreichte, von einer auf 2,6 Millionen. Nun aber wurden die Arbeitskräfte vor allem in der Türkei angeworben, wo Millionen auf eine Vermittlung nach Deutschland oder in ein anderes westeuropäisches Land warteten. Die Zahl der türkischen Gastarbeiter stieg zwischen 1969 von 244.000 auf mehr als 600.000. Seit Ende Januar 1972 waren die Türken die größte unter den nationalen Gruppen der Gastarbeiter.

**Ausländer in der Bundesrepublik, 1967-1973,
Wohnbevölkerung und Beschäftigte**

Jahr	Griechen		Italiener		Jugoslawen		Spanier		Türken	
	Wohn-bev.	Besch.	Wohn-bev.	Besch.	Wohn-bev.	Besch.	Wohn-bev.	Besch.	Wohn-bev.	Besch.
1967	991,3	140,3		266,8		95,7		118		131,3
1968		144,7		304,0		119,1		115,9		152,9
1969	271,3	191,2	514,6	349,0	331,6	265,0	206,9	143,1	322,4	244,3
1970	342,9	242,2	573,6	381,8	514,5	423,2	245,5	171,7	469,2	353,9
1971	394,9	268,7	589,8	408,0	594,3	478,3	270,4	186,6	652,8	453,1
1972		270,1		426,4		474,9		184,2		511,1
1973	399,2	250,0	622,0	450,0	673,3	535,0	286,1	190,0	893,6	605,0

Die Arbeitsbedingungen der Gastarbeiter in deutschen Betrieben während der 60er Jahre lassen sich mit einigen Zahlen umreißen: 1966 waren 90% der ausländischen Männer als Arbeiter beschäftigt - aber nur 49% der deutschen. 71,8% aller ausländischen Arbeitskräfte waren 1961 im sekundären Sektor tätig, bei den deutschen nur 47,8%. 72% aller ausländischen Männer und 60 Prozent der Frauen arbeiteten 1966 als an- oder ungelernete Arbeiter. Die höchsten Ausländerquoten waren 1963 im Baugewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie sowie im Bergbau zu verzeichnen.



Eisenbahn-Arbeiter aus Jugoslawien und der Türkei, vermutl. 1966



Türkische Gastarbeiter in der Zeche Neu-Monopol in Bergkamen, 1970er Jahre



Türkische Arbeiter im Bergbau, 1960er Jahre



Türkische Arbeiter, Schlachthof München 1970



Türkische Arbeiter im Straßenbau, vermutlich 1972.

Die Gastarbeiter erhielten im Vergleich zu deutschen Arbeitern durch niedrigere Qualifikation oder Einstufung auch niedrigere Löhne, hatten erheblich häufiger Arbeitsunfälle und wechselten ihren Arbeitsplatz öfter als Deutsche. Für die Unternehmen hatte dies in einer Zeit starker Arbeitskräftenachfrage erhebliche Vorteile, weil für solche Arbeitsplätze deutsche Arbeiter nicht oder nur mit erheblichen Lohnzugeständnissen zu bekommen gewesen wären, was gerade die unqualifizierten Arbeitsplätze unrentabel gemacht hätte.

Die Geschichte der Gastarbeiter der 60er Jahre ist eine Geschichte von Männern. Im Jahre 1962 wohnten mehr als zwei Drittel aller Gastarbeiter in Gemein-

schaftsunterkünften: junge, ledige Männer ohne familiären Anhang. In der ohnehin karg bemessenen Freizeit blieben sie in der Regel unter sich; Kontakte zu deutschen Kollegen waren anfangs selten und bildeten sich erst nach längerem Aufenthalt in Deutschland heraus. Die Zahl der weiblichen ausländischen Arbeitskräfte stieg bis Ende der 1960er Jahre auf 22 Prozent. Sie wurden überwiegend in der leichtindustriellen Fertigung eingesetzt, etwa im Textilsektor oder in der Lebensmittelindustrie.



*Türkische Gastarbeiterinnen,
Lebensmittelindustrie*

*Türkische Gastarbeiterinnen,
Leichtmetallindustrie*



13

Als größtes Problem für die Gastarbeiter erwies sich die Frage der Unterbringung. Für die Unternehmen war die Erstellung von Wohnunterkünften für die Gastarbeiter der einschneidendste Kostenfaktor bei der Ausländerbeschäftigung. Während vertraglich geregelt war, dass Ausländer die gleichen Löhne und Sozialleistungen zu erhalten hatten wie Deutsche, gab es bei den Unterkünften Einsparungsmöglichkeiten, die sich dann in entsprechend primitiven Wohnverhältnissen der Gastarbeiter niederschlugen. Und die meisten ausländischen Arbeiter waren selbst vor allem an billigen Unterkünften interessiert, da sie ja von einem nur vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland ausgingen. Die Wohnsituation der Ausländer blieb bis in die späten 70er Jahre das von außen sichtbarste Zeichen ihrer Unterprivilegierung und Benachteiligung in Deutschland.



Unterkunft für Gastarbeiter, Karlsruhe 1966



Gastarbeiter – Wohnheim, 1964



Gastarbeiter Wohnheim Siemens München, 1960er Jahre

In dem Maße, wie die Zahl der Gastarbeiter weiter zunahm, vermehrten sich in der einheimischen Bevölkerung auch die Zeichen zunehmend aggressiver Abwehrreaktionen. Die öffentliche Ablehnung der Gastarbeiter durch Teile der Einheimischen stieg vor allem seit 1966/67 an, als die erste Nachkriegsrezession den bis dahin steten Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft unterbrach

Aber dennoch lässt sich das Verhältnis der Deutschen zu den Gastarbeitern während dieser Zeit nicht schon als ideologisch fixierte „Fremdenfeindlichkeit“ beschreiben. Vielmehr wurden die Gastarbeiter zunächst eher als Symptom

des neuen Reichtums wahrgenommen, wie Farbfernseher oder Fußgängerzonen.

Der unbedingte Vorrang deutscher vor ausländischen Arbeitern war die sich daraus ableitende Forderung, die in polemischen Angriffen gegen die angebliche Bevorzugung von Ausländern ihren Ausdruck fand. Weiterhin gewünscht wurde eine für die unbeliebten Arbeitsplätze brauchbare Reservearmee von Arbeitskräften, die bei konjunkturellen Einbrüchen ebenso schnell und geräuschlos wieder verschwanden, wie sie gekommen waren, die zu den deutschen Beschäftigten nicht in Konkurrenz standen und ihnen gegenüber sozial und wirtschaftlich untergeordnet waren. Eine problematische Konstellation entstand, als in der Rezession Gastarbeiterbeschäftigung und Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Deutschen zusammenfielen und es der rechtsextremen NPD gelang, von 1966 bis 1968 in sieben Landtage einzuziehen. 51% der Deutschen waren zu dieser Zeit „eher dagegen“, dass die Bundesrepublik Ausländer als Gastarbeiter nach Deutschland holte.



Die Struktur der Ausländerbeschäftigung hatte sich gegenüber der Zeit vor 1967 nicht wesentlich verschoben; hier unterscheiden sich die türkischen Arbeitskräfte nicht von denen anderer Nationalitäten. Anfang 1973 waren 35,7 % aller Gastarbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung beschäftigt, 24,1 % im Verarbeitenden Gewerbe, 16,6 % im Baubereich. Die höchsten Ausländerquoten verzeichneten zu dieser Zeit der Hoch- und Tiefbau

(21,9 %), das Gaststättengewerbe (20,5 %) und die Kunststoff-, Gummi- und Asbestindustrie (20,6 %) - jeder neunte Arbeitnehmer war 1973 in der Bundesrepublik Ausländer; im produzierenden Gewerbe einschließlich Bau jeder sechste.

Seit Anfang der 1970er Jahre aber wurden von Unternehmern und Regierung neue Tendenzen mit Sorge betrachtet und zunehmend kritisch kommentiert: Die Aufenthaltsdauer der Gastarbeiter stieg stetig an. Die Fälle, in denen Gastarbeiter ihre Familie nachholten, nahmen zu. Die Zahl der beschäftigten ausländischen Frauen stieg auf mehr als 600.000; und vor allem: Die Anzahl der nichterwerbstätigen Ausländer wurde beständig größer. 1961 hatten 686.000 Ausländer in der Bundesrepublik gelebt, von denen 80 Prozent beschäftigte Arbeitnehmer waren. 1973 lebten knapp 4 Millionen Ausländer in Deutschland, der Anteil der Beschäftigten lag nur noch bei 65 Prozent. Da zugleich die Zahl der Rückkehrer deutlich sank, befürchteten die deutschen Behörden, dass der wirtschaftliche Nutzen der Gastarbeiter absinken könnte.

In der Folge begann in der Bundesrepublik ein lebhaftes Hin- und Herrechnen, ob die Ausländerbeschäftigung unter diesen Bedingungen im Sinne einer Kosten-Nutzen-Abwägung noch lohnend sei. Im wirtschaftsnahen Handelsblatt wurde das in schöner Offenheit auf den Begriff gebracht: *„Der nicht integrierte, auf sehr niedrigem Lebensstandard vegetierende Gastarbeiter verursacht relativ geringe Kosten von vielleicht 30.000 DM. Bei Vollintegration muß jedoch eine Inanspruchnahme der Infrastruktur von 150.000 bis 200 000 DM je Arbeitnehmer angesetzt werden. Hier beginnen die politischen Aspekte des Gastarbeiterproblems.“* („Mehr Auslandsinvestitionen - weniger Gastarbeiter“, in: Handelsblatt, 23. 1. 1971)

Daraufhin entschied die Bundesregierung im November 1973, durch die Energiekrise dieses Jahres aufgeschreckt, die Anwerbung von ausländischen Arbeitern aus Nicht-EG-Ländern einzustellen – in der Hoffnung, dass durch die kontinuierlichen Rückwanderungen die Zahl der Gastarbeiter pro Jahr um etwa eine Viertelmillion abnehmen würde.

Für viele Türken, die in ihrer Heimat auf ein Anwerbung nach Deutschland hofften, bedeutete der Anwerbestopp die Zerstörung ihrer Hoffnungen. Hier hatten die Wartezeiten für eine Vermittlung 1972/73 bereits sechs bis acht Jahre betragen, und als die bereits gesundheitlich und fachlich überprüften Arbeitskräfte bei der Verbindungsstelle in Istanbul kurz vor der Abreise erfuhren, dass der Weg nach Deutschland verschlossen war, kam es zu heftigen Reaktionen:

„Manche zerrissen ihren Paß, manche schlugen ihren Kopf gegen die Wände der Verbindungsstelle. Es war eine regelrechte Katastrophe“ .

Die mit dem Anwerbestopp verbundenen Erwartungen der deutschen Behörden wurden jedoch enttäuscht, denn die Entwicklung nahm einen ganz anderen Verlauf als erwartet. Bei den Türken ging die Zahl der Erwerbstätigen nämlich nur leicht zurück, von 605.000 (1973) auf 514.000 (1978); die türkische Wohnbevölkerung aber verdoppelte sich zwischen 1971 und 1979 auf 1,2 Millionen.

Kurz: Alle Anzeichen deuteten darauf hin, dass immer mehr Ausländer auf längere Zeit, wenn nicht auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben wollten - sie holten ihre Familien nach, zogen aus den Wohnheimen in (möglichst billige) Mietwohnungen, ihre Sparquote sank, ihr Konsumanteil wurde höher und die Verbindungen zur Heimat wurden lockerer, vor allem bei den Kindern der Gastarbeiter, der sogenannten „Zweiten Generation“.

Das ist der Arbeitsmigrationen historisch gesehen typische Verlauf von Einwanderungsprozessen. Auch die Mehrheit der deutschen Auswanderer in die USA im 19. Jahrhundert wollte ursprünglich nur für einige Jahre dort bleiben, um dann mit dem dort verdienten Geld in die Heimat zurückzukehren. Daraus entwickelte sich nur langsam und oft über Generationen hinweg ein Einwanderungsprozess. Bei den meisten Migranten verblasst der ursprünglich starke Rückkehrwunsch mit der Zeit, ohne dass damit bereits ein bewusster Entschluss der Einzelnen verbunden sein musste, nun auf Dauer hier zu bleiben.

Dieser Wandel vom „Gastarbeiter“ zum „Einwanderer“ zeigte sich am deutlichsten im Bereich des Wohnens. 1966 hatten noch drei Viertel der Gastarbeiter in Wohnheimen und Ausländerbaracken gewohnt. 1973 lebten fast 80 Prozent

Türken in der Bundesrepublik, 1968-1980

Jahr	Türken	
	Wohnbev.	Besch.
1967		131,3
1968		152,9
1969	322,4	244,3
1970	469,2	353,9
1971	652,8	453,1
1972		511,1
1973	893,6	605,0
1974	1027,8	606,8
1975	1077,1	543,3
1976	1079,3	521,0
1977	1118,0	517,5
1978	1165,1	514,7
1979	1268,3	540,4
1980	1462,0	591,8

aller Ausländer, die bereits zehn Jahre oder länger hier waren, in einer abgeschlossenen Wohnung, aber nur 42 % derjenigen mit maximal zweijährigem Aufenthalt. Nun verteilten sich die Gastarbeiterfamilien aber nicht gleichmäßig über die Städte, sondern wohnten relativ dicht beisammen in solchen Stadtteilen, in denen es besonders billige Wohnungen gab. Auch das ist aber keine deutsche Sonderentwicklung. Wir finden sie vielmehr in allen Fällen der Arbeitsmigration, besonders deutlich in den USA, wo jede gerade neu ankommende Einwanderergruppe sich zunächst in den schlechtesten und billigsten Quartieren der großen Städte sammelte, bis dann einige von ihnen nach Jahren oder Generationen in bessere Wohnungen und Viertel wechselten.

Die betriebliche Situation der Gastarbeiter allerdings veränderte sich zunächst kaum. Kaum 10 Prozent der ausländischen Arbeiter konnten während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik einen beruflichen Aufstieg erreichen – meist vom Hilfs- zum Facharbeiter. Die Sozialstruktur der ausländischen Arbeitskräfte blieb nahezu zementiert. Der Anteil der An- und Ungelernten lag 1972 ebenso wie 1980 bei etwa 70 Prozent. Die Löhne für männliche ausländische Arbeitskräfte lagen zu mehr als drei Vierteln unter dem Durchschnitt. Türkische Arbeitskräfte arbeiteten weiter vorwiegend in produktionsnahen Bereichen mit höherem Unfallrisiko, in Akkord- und Schichtarbeit und waren seit Mitte der 70er Jahre deutlich häufiger arbeitslos als Deutsche.

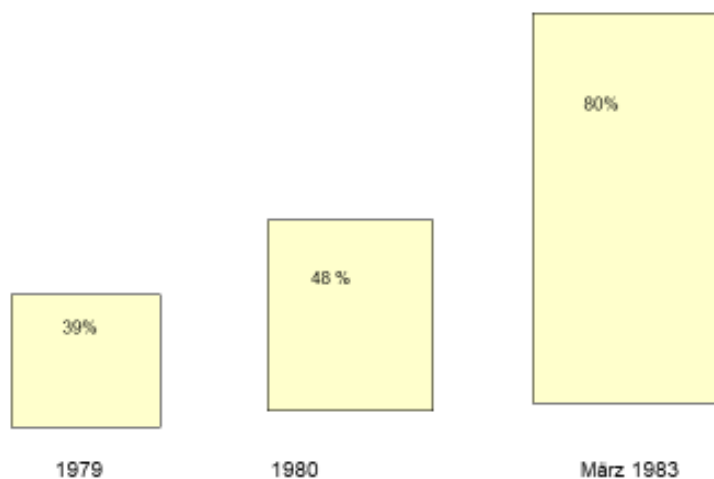
In einer besonders schwierigen Lage waren die ausländischen Kinder und Jugendlichen, wobei die Situation der türkischen Kinder noch etwas schlechter war als die aller anderen Gastarbeitergruppen. Drei Viertel aller 15- bis 24-jährigen Ausländer in der Bundesrepublik besaßen 1980 keinen Hauptschulabschluss, der sie zu einer qualifizierenden Berufsausbildung überhaupt erst befähigt hätte. Nach Umfragen bei den Eltern hatten 46% der 16- bis 20-jährigen Ausländerkinder weder Arbeit noch eine Lehrstelle, noch gingen sie zur Schule. Zwei Drittel der 15- bis 19-jährigen Ausländer erhielten keinerlei berufliche Ausbildung.

Die ausländerpolitische Leitlinie der Bundesregierung seit 1974 aber hatte geheißen: Eingliederung ja - Einwanderung nein. Durch diese Konzeption der "Integration auf Widerruf" war eine für die zweite Generation der Ausländer in Deutschland besonders schwierige Lage entstanden: Die Kinder sollten in das deutsche Schulsystem integriert werden, andererseits aber den Kontakt zur Kultur der Heimat ihrer Eltern nicht verlieren, um die „Rückkehroption“ offen zu halten. Die Folge davon waren "zweisprachige Analphabeten", die weder die

Sprache ihrer Eltern noch die ihrer Klassenkameraden beherrschten, die dementsprechend sozial isoliert und für eine Berufstätigkeit kaum qualifiziert waren. Dies traf in besonderer Weise auf diejenigen ausländischen Jugendlichen zu, die erst in einem relativ späten Lebensalter in die Bundesrepublik einreisten, in erster Linie auf Türken - sie kamen meist nach bereits abgeschlossener Schulbildung nach Deutschland, das bedeutete in der Türkei die Absolvierung der fünfjährigen Grundschule.

In dem Maße aber, wie sich die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik seit 1980 wieder fühlbar verschlechterte, veränderte sich auch die Haltung der Deutschen gegenüber den immer noch so genannten Gastarbeitern. Im November 1982 waren 39% der Deutschen der Meinung, die Gastarbeiter sollten „wieder in ihr Land zurückkehren“. Bis März 1982 stieg diese Zahl auf 68%, im Juni 1982 auf 77%, im März 1983 auf 80%. Ein so massiver Meinungswandel binnen so kurzer Zeit war in der Geschichte der Bundesrepublik nahezu ohne Beispiel.

„Die Gastarbeiter sollen wieder in ihr Land zurückkehren“



Die Bundesregierung unter Helmut Kohl reagierte darauf mit einer strikten Abschottungspolitik. Die Bundesrepublik sollte demnach weder ein Einwanderungsland sein noch ein solches werden. Immer weitere Restriktionen wurden

vorgeschlagen, der Familiennachzug wurde, finanzielle Anreize zur Rückkehrförderung und die weitere Herabsetzung des Nachzugsalters auf bis zu 6 Jahren veranlasst.

Das ausländerpolitische Engagement richtete sich nun vornehmlich, ja ausschließlich auf die Türken. Die Debatte wurde deutlich aggressiver, und nun gewann auch der Hinweis auf den Islam an Bedeutung. Zwar war bekannt, dass mehr als 80% der in der Bundesrepublik lebenden Türken den islamischen Fundamentalismus ebenso ablehnten wie den politischen Radikalismus von links oder rechts, dennoch spielten die Hinweise auf zivilisationsfremde Koranschulen und gewalttätige türkische Kommunisten in den öffentlichen Erörterungen dieser Thematik eine immer bedeutendere Rolle.

In dieser Zeit, also seit den späten 1970er Jahren, begannen sich die sozialen Verhältnisse auch der türkischen Gemeinde in der Bundesrepublik aber, wenn auch langsam, zu verbessern. Seit den späten 1980er Jahren stieg die Quote der erfolgreichen Schulabgänger unter ihnen ebenso wie die Zahl der Selbstständigen.



Dogan-Market Hameln, gegr. 1978



Türkischer Supermarkt am Steindamm, Hamburg, 1973

In der zweiten, dann der dritten Generation waren insbesondere die Deutschkenntnisse viel besser als in der ersten. Zwar blieb für einen Großteil der Türken in Deutschland der Wunsch nach Rückkehr in die Heimat weiter bestehen, aber vielfach wurde er auch zu einem rituellen Bekenntnis, während die Bindung an die Verhältnisse in der Bundesrepublik in sozialer, auch in kultureller Hinsicht weiter zunahm.

Diese sukzessive Integration schlug sich vor allem in den Betrieben nieder, wo der Umgang zwischen deutschen und türkischen Arbeitnehmern nach allen Untersuchungen wesentlich besser und konfliktfreier verlief als in der realen und medialen Öffentlichkeit.

Als mit dem erneuten Militärputsch in der Türkei im Jahr 1980 zahlreiche türkische aber Gewerkschafter, Sozialdemokraten und kurdische Aktivisten vor der Verfolgung nach Deutschland flohen und hier um politisches Asyl nachsuchten, verstärkten sich die antitürkischen Aggressionen in Teilen der deutschen Bevölkerung wieder. Die deutschen Nationalkonservativen und Rechtsextremisten hatten hier ihr zentrales Thema gefunden. Anfang der 1990er Jahre spitzten sich die Aggressionen gegen Asylbewerber, von denen zwei Drittel aus Osteuropa kamen, in einer Welle von Pogromen und Übergriffen mit zahlreichen Toten zu. Einige dieser Übergriffe, so in Mölln und dann vor allem in Solingen, richtete sich aber auch gegen türkische Gastarbeiterfamilien.



Anschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Mölln, 23.11. 1992,
3 Tote: eine Frau, zwei minderjährige Mädchen.

Zwar wurden diese Gewalttaten von mehr als 90 Prozent der Deutschen missbilligt, und riesige Demonstrationen mit Lichterketten bekundeten die Abscheu gegen die Gewalttaten – aber gerade unter den jungen Türkinnen und Türken war eine gewisse Distanzierung von der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu erkennen, der sich in einer stärkeren Orientierung auf die Türkei und etwa auch in sinkenden Zahlen türkischer Kinder auf den Gymnasien niederschlug.

Mit den neuen Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetzen der rotgrünen Koalition wurde das Mantra, Deutschland sei kein Einwanderungsland, das nun schon seit Jahrzehnten in Widerspruch zur Wirklichkeit stand, endlich überwunden. Ob dies in stärkerem Maße zur Eingliederung der türkischen Gemeinde in die deutsche Gesellschaft führen wird oder zu einer Fortsetzung der Rückbesinnung auf das türkische Erbe oder zu beidem, was bei einem Anteil von 25 Prozent der Menschen mit Migrationsgeschichte das wahrscheinlichste ist, bleibt dennoch offen.

Ist die Zuwanderung von Türkinnen und Türken nach Deutschland in den letzten 60 Jahren ein Erfolg? Das ist schwer zu beurteilen, schon weil nicht ganz klar ist, woran man Erfolg messen kann und weil die Antwort individuell so außerordentlich unterschiedlich ausfällt. Nimmt man die ursprünglichen Erwartungen der Gastarbeitergeneration zum Ausgangspunkt, so hat es ganz sicher viele Enttäuschungen gegeben, aber bei den meisten haben sich die Erwartungen auch verändert, und verglichen mit dem Leben in der Türkei, so erzählte mir ein gleichaltriger Türke in Duisburg 1972, sei es in Deutschland viel besser. Vergleicht man die Lage der Türken in Deutschland, der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Kinder und Jugendlichen, mit der Lage der gleichaltrigen Deutschen, so sind die Ungleichheiten unübersehbar – bei den Einkommen, beim Wohnen, bei der Ausbildung der Kinder. Nimmt man die Lage der Einwanderer, auch der türkischen Einwanderer, etwa in Großbritannien oder Frankreich zum Vergleich, so sind die Resultate nicht so schlecht. Brennende Vorstädte der Migranten, wie in den französischen Großstädten, gibt es nicht, und der islamistische Terrorismus ist anders als in Frankreich oder Belgien, hierzulande kein sehr bedrohliches Phänomen. Ganz gewiss ist das Glas nicht halbleer, ganz voll ist es aber auch nicht.

Kehren wir am Ende noch einmal zu Ali Başar zurück. Er beendet die Erzählung seiner Lebensgeschichte so:

In Deutschland lebten wir viele Jahre mit einem schlechtem Gewissen, weil es uns hier so gut ging, wir ein friedliches Leben führen konnten. Wir konnten unseren Verwandten zwar Geld und andere Dinge schicken, aber was ist das schon, wenn dort Armut herrscht?

Arm kam ich nach Deutschland, das Gefühl habe ich nie verloren. In Deutschland habe ich meinen Beruf erlernt, Geld verdient, ein Auto gekauft, eine Familie gegründet. Das ist für mich ein großes Geschenk – auch wenn man immer das Gefühl hat: warum hast du die Heimat verlassen?